

Es geht dem Nato-Bündnis nicht um Werte, sondern um Interessen

Nato: „Bündnis sucht Zukunft“, „Zur Schau gestellte Harmonie“ und „Antworten gesucht“, FR-Politik vom 4.12. und -Tagesthema vom 5. Dezember

Kein Anspruch auf demokratische Untadeligkeit

Artikel 5 des Nordatlantikvertrags definierte die kollektive Verteidigung durch gegenseitige Beistandszusicherung im Falle eines Angriffs oder der Drohung eines Angriffs als wichtigste Aufgabe der Nato. Auf der einen Seite stand die kommunistische Sowjetunion und auf der anderen Seite der Westen, dessen Regierungen den Kommunismus ablehnten. Gründungsstaaten der Nato waren 1949 die USA und Kanada sowie zehn westeuropäische Länder, darunter Portugal, ein Land, in dem ein Militärputsch im Mai 1926 der Beginn einer 48 Jahre währenden Diktatur war. Griechenland und die Türkei traten 1952 bei. In Griechenland putschte sich 1967 das Militär an die Macht, die Diktatur bestand bis 1974. In der Türkei putschte sich das Militär mehrmals an die Macht. 1974 besetzten türkische Truppen den Nordteil Zyperns, und Anfang 1975 verhängten dann die USA gegen das Nato-Mitglied Türkei ein Waffenembargo, woraufhin die Türkei die US-Stützpunkte schloss.

Andreas Schwarzkopfs Appell, vielleicht sollten sich vor allem die Europäer in der Nato daran erinnern, die Nato sei gegründet worden, um jene Werte zu verteidigen, die den Westen ausmachen und definieren sollten – Demokratie, individuelle Freiheit, Rechtsstaat –, wird rückblickend der doch komplexeren Vergangenheit nicht gerecht. Während 1956 in Ungarn der Aufstand gegen die dortige Diktatur niedergeschossen wurde, konnte die italienische Regierung auf dieser Seite des Eisernen Vorhangs eine demokratisch gewählte kommunistisch dominierte Regierung in San Marino vor dem Hintergrund des Kalten Krieges nicht tolerieren, zumal diese Regierung enge diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion knüpfte. Im Rahmen dieser Krise riegelten italienische Carabinieri den von Italien umschlossenen Kleinstaat sogar mit Panzern teilweise ab. Im Hinblick auf Italien selbst gab es damals im US-Auslandsgeheimdienst CIA aus Angst vor einer an-



Karikatur aus der FR vom Februar 2017.

THOMAS PLASSMANN

geblichen kommunistischen Machtübernahme sogar kurzzeitig Überlegungen, eine rechte Militärdiktatur zu favorisieren. Größere Wichtigkeit hatte also vor dem Ende des Warschauer Pakts eindeutig der Ost-West-Gegensatz, ein Anspruch auf demokratische Untadeligkeit aller Nato-Staaten bestand nicht.

Siegfried Kowallek, Neuwied

Die Bilanz der Nato fällt negativ aus

Nach 70 Jahren Nato sei daran erinnert, dass es ein Zeitfenster und Gründe zu ihrer Auflösung gab. Als sich 1991 das östliche Militärbündnis, der Warschauer Pakt, auflöste, bestand die große Chance für eine europäische Friedensarchitektur. Zumal sich durch die Abrüstungsverträge und den Fall der Berliner Mauer gegenseitiges Vertrauen gebildet hatte. Die Chance wurde jedoch nicht genutzt. Die Nato wurde nicht aufgelöst. Im Gegenteil: Die Ostblockstaaten von Estland bis Bulgarien wurden Mitglieder der Nato.

Eine Bilanz zur Nato nach Ende des Kalten Krieges bis heute kann nur negativ ausfallen, da sie jegliche Glaubwürdigkeit verloren hat. Es geht ihr nicht um Werte,

sondern um Interessen. Es geht nicht um Verteidigung, sondern um weltweite ökonomische Macht. Die Forderung der Nato, zwei Prozent des BIP für das Militär auszugeben, ist angesichts der jetzt schon gigantischen Aufwendungen, die Nato ist für etwa 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben verantwortlich, völlig überzogen. Das Völkerrecht wird von den Nato-Staaten missachtet. Das gilt für den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr im Jugoslawien-Kosovo-Krieg 1999 genauso wie für den Einmarsch der Türkei in Syrien 2019. Die Einsätze im Nahen und Mittleren Osten haben die Länder nur destabilisiert.

Rolf Weckel, Kassel

Trump hat recht, was die Bundeswehr betrifft

In Anbetracht des gegenwärtigen Zustandes der Bundeswehr würde ich gerne folgenden Vorschlag machen: für die nächsten mindestens 15 Jahre fünf Prozent des Bundeshaushalts (gleich welche Koalition gerade in Amt und hoffentlich Würden sein möge). Die Bundeswehr ist seit Ende des Kalten Krieges derart kaputtgespart worden, dass es mittlerweile schwer ist, sie noch irgendwie

ernst zu nehmen. Der Kabarettist Volker Pispers sagte vor Jahren mal, die Aufgabe der Bundeswehr sei es, den Feind so lange aufzuhalten, bis Militär komme. Er hat mehr Recht, als es uns als Bürgern recht oder lieb sein kann. Stichwort kaputtgespart.

Wir schicken Soldaten in Auslandseinsätze, ohne sie jedoch mit dem zu versorgen, was sie benötigen würden. Von der Situation an der „Heimatfront“ ganz zu schweigen. Flugzeuge, Panzer oder sonstiges nicht einmal ansatzweise einsatzbereit, wie man es normalerweise erwarten würde. Was sollen unsere Einsatzkräfte machen? Sich in Museen bedienen? Wenn Eurofighter nicht einsatzbereit sind, dann halt Fokkers aus dem Ersten Weltkrieg? Also im Sinne von: Selbst schuld, wenn man blöd genug ist, zum Bund zu gehen...

Es passiert mir persönlich selten, dass ich Herrn Trump recht gebe, aber in diesem Punkt, Bundeswehretat, muss ich ihm ausnahmsweise wirklich Recht geben! Selbst wenn er, meiner bescheidenen Meinung nach, noch immer nicht in seinem aktuellen Amt als Präsident geistig angekommen ist und beispielsweise Herrn Putin immer noch als Kon-

kurrenten bezeichnet – so redet ein Unternehmer, aber nicht ein Präsident! Patrick Libuda, Frankfurt

Am Weltfrieden kann man nichts verdienen

Eine „feine Gesellschaft“ hat sich da in London angefundun. Zwei Erpresser, ein Rebell und eine zögerliche, zur Unterwerfung unter den großen Zampano bereite Schaffherde. Die „feine Gesellschaft“ hat sich eine weltpolitische Dummheit ersten Ranges geleistet. Sie hat China als nächste mögliche Bedrohung bezeichnet. Das war so dilettantisch wie Kaiser Wilhelms außenpolitische Brandreden, die den Ersten Weltkrieg mit herbeigeführt haben. Wenn die klugen Herren ernsthaft etwas für den Frieden auf dieser Welt hätten tun wollen, dann hätten Sie Wladimir Putin und Xi Jinping zum Nato-Gipfel eingeladen, um gemeinsam über die Schaffung eines globalen Sicherheitssystems zu sprechen, dass einen künftigen Atomkrieg ausgeschlossen hätte. Aber nein, die Herren achten sorgfältig darauf, dass der Nato die Feinde nicht ausgehen, denn nur außenpolitische Spannungen mit den daraus resultierenden Rüstungsaufträgen spülen Geld in die Staatskassen, denn die spannungserzeugende Politik kann sich der Dankbarkeit der Rüstungsindustrie sicher sein. Donald Trump sorgt schon dafür, dass seine Freunde in der amerikanischen Waffenindustrie nicht am Hungertuch nagen müssen. Die USA sind nicht rein zufällig der größte Waffenexporteur und die größte kriegführende Macht der Welt. Das wird sich erst an dem Tag ändern, an dem eine kritisch gewordene amerikanische Nation vor dem Weißen Haus gegen die unablässige Vergrößerung amerikanischer Soldatenfriedhöfe aufgebeht!

Nun aber wird sich nach der einfältigen Erklärung von London die Welt erst einmal an einem Anwachsen der militärischen Spannungen zwischen den USA und China im Pazifik erfreuen können! Am Weltfrieden kann man nichts verdienen!

Otfried Schrot, Ronnenberg

Diskussion: frblog.de/70-jahre-nato

Kampf gegen Klimawandel

EU-Parlament ruft Klimanotstand aus: „Letzte Hoffnungen“, FR-Meinung v. 30.11.

Das europäische Parlament rief vor wenigen Tagen den „Klimanotstand“ aus. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hält es für notwendig, dass die EU in der nächsten Dekade eine Billion Euro einsetzt, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung sollte dies unterstützen, auch im Interesse der Staaten, die jetzt schon mehr vom Klimawandel betroffen sind als Deutschland. Dies entspräche auch mehr dem „C“ im Namen der CDU.

Werner Leucht, Neckarsulm

Die ausgetretenen Pfade des politischen Schwarz und Weiß

Peter Handke: „Vom Zweifel keine Spur“ und „Blamage und Demontage“, FR-Politik und -Meinung vom 7. Dezember

Warum muss Handke durch das Nadelöhr der Frage, ob er den Begriff des Völkermords an Bosniern in Srebrenica in seinen Büchern weiterhin nicht akzeptiere? Da die Frage, so gestellt, aus dem Kontext gerissen ist, kann er nur undifferenziert reagieren, falls er versucht, sie zu beantworten. Weicht er ihr aus, gilt er als feige. Reagiert er ruppig, muss er sich, wie im Artikel von Borchert geschehen, den fieseren Vergleich mit Trump gefallen lassen, gerade auch deshalb so gemein, weil er sich nicht auf Inhalte, sondern auf nicht unterdrückten Jähzorn bezieht. Und schließlich gehört Affektunterdrückung und Sich-Verstellen

zum guten Ton. Würde Handke tatsächlich widerrufen, käme dies in Zeiten von Korrektheit einer Unterwerfung gleich. Dafür würde er von den Falschen gelobt oder mit einem literarischen Samson verglichen, dem man den Kopf geschoren hat. So muss er sich den Vergleich gefallen lassen, er habe sich rückwärts vom Publikumsbeschimpfer zum literarischen Langweiler entwickelt.

Ach ja? Ich finde seine Werke in einem anderen Sinne für lange Weile sorgend, neudeutsch nachhaltig, indem sie individuelle Wahrnehmung differenziert in einen hochpolitischen Kontext stellen, gerade auch deshalb, weil sie nicht die ausgetretenen Pfade des

politischen Schwarz oder Weiß gehen. Dabei muss ich ihm als Leser nicht in jeder Beziehung folgen. Ich habe die Möglichkeit, wenn ich mitdenke, zu anderen Schlüssen gelangen. Das schmälert Handkes Werk nicht, ganz im Gegenteil. Wenn Schriftsteller*innen anfangen, dafür Verantwortung übernehmen zu wollen, dass sich ihre Leser*innen nicht langweilen, können sie ihre literarischen Ambitionen zumeist vergessen. Aber ein Literaturnobelpreisträger soll offenbar nicht nur kurzweilig schreiben, auch sollte er reinen Herzens sein, progressiv-dynamisch, politisch korrekt und auf der richtigen Seite stehen. Falls er dies nicht bereit ist zu tun,

darf er allenfalls in der Nische am Rand des Marktes überleben, auch dem des Feuilletons, denn auch dort werden literarische Sensationen und große Würfe erwartet.

Je kritischer Handke reagiert, je mehr er sich reizen lässt, um so mehr sorgt er für Zeitungstoff. Es ist doch so viel schöner, sich mit der literarischen Verarbeitung von Massakern und Kriegen auseinanderzusetzen als mit den Fakten selbst, und was sie für zukünftige Gräueltaten bedeuten, in Syrien, in Afghanistan, im Jemen und anderswo. Hier erwarte ich auch in Zukunft Publikumsbeschimpfung und die eines allzu diplomatischen Politikbetriebs. Robert Maxeiner, Frankfurt